



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Die Kommunen in unserem Landkreis profitieren vom neuen Klimapaket: Standortgemeinden können künftig bis zu 40.000 Euro jährlich durch Freiflächen-Photovoltaik erhalten.

Olching, 24.06.2021

Michael Schrodi, MdB

Ilzweg 1
82140 Olching
Telefon: +49 8142 501 0589
Fax: +49 8142 501 3962
michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Otto-Wels-Haus
Raum: 5.027
Telefon: +49 30 227-77541
Fax: +49 30 227-70541
michael.schrodi@bundestag.de

Mitglied im Finanzausschuss

Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Mit der Novelle des Klimaschutzgesetzes, des Energiewirtschaftsgesetzes sowie zahlreichen Änderungen am Erneuerbare-Energien-Gesetz hat der Deutsche Bundestag am Donnerstag sein großes energie- und klimapolitisches Gesetzespaket dieser Legislaturperiode komplettiert. Michael Schrodi, SPD-Bundestagsabgeordneter für Dachau und Fürstenfeldbruck, lobt die Signalwirkung des Pakets für den Klimaschutz, kritisiert jedoch, dass weitergehende Maßnahmen durch die CDU/CSU verhindert wurden.

„Mit dem neuen Klimaschutzgesetz werden die schärferen deutschen Emissionsziele rechtsverbindlich festgeschrieben. Das ist ein wichtiger Schritt, damit Deutschland Vorreiter beim Klimaschutz wird. Bedingung dafür ist aber Verlässlichkeit beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und die richtigen Weichenstellungen, damit klimafreundliche Mobilität und energiesparendes Wohnen für alle bezahlbar ist“, erläutert Michael Schrodi.

Die Neuregelungen sehen daher nicht nur ambitioniertere Klimaziele, sondern den Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft und verbesserte Regelungen für die Solarenergie vor. „Wir vergrößern die Ausschreibungsvolumina für große PV-Anlagen im nächsten Jahr von 2 auf 6 GW. Ein großer Erfolg ist für mich die Ausweitung der finanziellen Beteiligung von Standortgemeinden auf solare Freiflächenanlagen auf bis zu 0,2 ct/kWh, wie wir es schon bei der Windkraft an Land beschlossen haben. Mit bis zu 40.000 Euro jährlich können die Kommunen künftig an einem neuen 20-MW-Solarpark profitieren. Bei den sehr großen Solarparks, die nicht durch das EEG gefördert werden, sind sogar noch höhere Zahlungen möglich. Damit profitieren die Menschen vor Ort doppelt von den Erneuerbaren Energien und wir fördern die Akzeptanz“, freut sich Schrodi.

Michael Schrodi, der für die SPD Mitglied des Umweltausschusses im Bundestag ist, sieht jedoch auch deutliche Defizite im Paket. Bis zuletzt hatte die SPD mit der CDU/CSU vergeblich um ambitioniertere Ausbaupfade für die Erneuerbaren Energien bis 2030 gerungen. Verärgert über die CSU zeigt sich Schrodi, weil sie die faire Aufteilung der



Mehrkosten durch die CO2-Bepreisung zwischen Mietern und Vermietern verhindert hat: „In Sonntagsreden davon zu reden, die Mitte unserer Gesellschaft nicht zu überlasten, reicht halt nicht. Die CSU bürdet den Mieterinnen und Mietern einseitig die CO2-Kosten auf. Soziale Klimapolitik geht anders!“

Ebenso kritisiert Schrodi, dass die Solarpflicht für Neubauten aus den Entwürfen wieder gestrichen worden ist. „Die Union hat in diesem letzten gemeinsamen Projekt erneut deutlich gezeigt, dass mit ihr keine zukunftsgerichtete Politik zu machen ist.“

Flankiert wird das Gesetzespaket von einem am Mittwoch im Bundeskabinett unter der Federführung von SPD-Finanzminister Olaf Scholz beschlossenen Sofortprogramm. Insgesamt acht Milliarden Euro zusätzlich werden investiert, um die Umsetzung der neuen Klimaziele zu unterstützen. Schrodi: „Wir nehmen zusätzliches Geld in die Hand für die energetische Gebäudesanierung, klimafreundliche Mobilität für alle und zur Unterstützung von Unternehmen bei der Transformation, damit Arbeitsplätze erhalten bleiben. So geht Klimaschutz sozial gerecht!“